



LEITARTIKEL

Am A... vorbei geht auch ein Weg

Von Thomas Bentele

Mitglied des GdP-Landesvorstands und Vorsitzender der BG München

Mit dieser etwas provokant formulierten Überschrift möchte ich einen kleinen Exkurs in die Welt des Journalismus wagen. Ist das ein Thema für die Gewerkschaft der Polizei? Ich meine ja. Gerade in den letzten Monaten haben Meinungsbeiträge in der Tagespresse Wellen der Empörung ausgelöst. In Teilen mit voller Berechtigung (vgl. Kolumne in der taz mit dem Vergleich Polizei = Müll). Die freie Meinungsäußerung gem. Art. 5 GG findet ihre Schranken da, wo sie mit den Rechten anderer kollidiert. Im angesprochenen Fall geht es meiner Meinung nach um die grundgesetzlich garantierte Würde des Menschen, nämlich von Polizistinnen und Polizisten und möglicherweise auch um die Erfüllung von Straftatbeständen. Der Eingang einer Vielzahl von Strafanzeigen bei der Berliner Staatsanwaltschaft spricht zumindest dafür. Mehrmals habe ich nun schon das Wort „Meinung“ in den Mund genommen, meine Meinung eingeschlossen. Denn ein Leitartikel gehört zu den Beiträgen, z. B. In einer Zeitung, in der es nicht um sachliche Berichterstattung, sondern um die Meinung des Autors geht. Dies ist ebenso bei der Kolumne, der Glosse oder dem Kommentar der Fall. Im Kommentar äußert der namentlich bekannte Autor seine Meinung zu einer sachlichen Berichterstattung, i.d.R. über aktuelles Zeitgeschehen. Im Fernsehen oder Radio spricht der Autor seinen Kommentar selbst, im Gegensatz zu den Nachrichten, die der Sprecher vorträgt. Die Kolumne findet sich wiederkehrend, meist an der gleichen Stelle, in der Zeitung und ist nicht länger als eine Spalte. Daher leitet sich auch der Name ab (lat. Columna = Säule). Ein bekannter Ver-

treter dieser Stilform ist z. B. das „Streiflicht“ der Süddeutschen Zeitung. Schließlich ist da noch die Glosse zu nennen, die sich insbesondere satirischer Stilmittel bedient und oftmals polemisch ist. Meinungen gehören in der aufgeklärten demokratischen Gesellschaft dazu, Meinungen können kontrovers sein. Der Diskurs oder die Debatte hierüber ermöglichen es herauszufinden, wo der gemeinsame Nenner liegt, wo Meinungen mehrheitsfähig werden oder eben auch nicht. Das ist im Grunde Kernelement einer offenen und freien Gesellschaft.

Das Gegenteil kann man in autoritären Staaten erfahren, wo eine freie Presse durch Repressalien verhindert wird und nur mehr die „staatstragende“ Meinung in der Berichterstattung wahrzunehmen ist. Abwehler kommen dabei nicht selten ums Leben. Im Grunde genommen müssen wir über Meinungen also froh sein, auch wenn sie nicht der eigenen entsprechen. Im Extremfall muss es die Polizei, um den Bogen zu meiner eingangs genannten These zu schlagen, aushalten, dass ein Polizeihasser seiner Meinung in einer der o. g. Stilformen Ausdruck verleiht. Weil man es nicht oft genug erwähnen kann, natürlich nur im gesetzlich vorgegebenen Rahmen, also ohne die Rechte anderer zu verletzen. Über „soziale“ Medien möchte ich mich hier gar nicht auslassen, denn durch die (Meinungs-)Filterblasen kommt eine ausgewogene kontroverse Diskussion in vielen Fällen nicht mehr zustande.

Dies allein könnte einen weiteren Leitartikel füllen. Natürlich darf man es auch nicht unterschätzen, wenn solche journalistischen Stilmittel mit dem Wissen um



Foto: Sylvia Bentele

die Reichweite in den „sozialen“ Medien bewusst eingesetzt werden, um aufzuwiegen. Das kann für die Polizei dann auch zur Belastung oder Gefahr werden.

Worauf will ich aber hinaus?

Nehmt euch nicht alles so zu Herzen, was da in die Welt hinausgeschrieben wird. Es schont eure Nerven und auf lange Sicht vielleicht sogar eure Gesundheit. Da schließe ich uns Gewerkschafter selbst nicht aus, denn manches Mal werden auch wir getriggert. Schaut euch an, ob der Artikel, der euch berührt, unter eine der Stilrichtungen der Meinungsbeiträge fällt. Wenn er eurer Meinung nach eure Rechte verletzt, wehrt euch, auch mit Hilfe eurer GdP. Anderenfalls kann man einen solchen Beitrag auch gut und gerne mal einfach ignorieren. Jeder Post, jeder Re-Post, jede Erwähnung und jede Weiterleitung erhöht nur die Reichweite des Beitrags, erfüllt voll und ganz das Ziel des Autors und füttert letztlich auch die vielen „Trolle“, die da draußen im Netz unterwegs sind.

**Euer
Tom Bentele**



„Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wurde in den vergangenen zwei Jahren während der Arbeit beleidigt, beschimpft, bedroht oder angegriffen. Wir wollen und wir werden eine solche Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen und stehen gemeinsam auf für die Rechte und den Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen.“

STIMMUNG GEGEN DIE POLIZEI

Für Zusammenhalt, gegen Rassismus und Diskriminierung – Resolution des DGB-Bundesvorstandes

Als Antwort und Reaktion auf die Übergriffe gegen die Polizei vom 22. Juni 2020 in Stuttgart und die polizeifeindliche Stimmung in manchen Medien verfasste der DGB-Bundesvorstand in enger Abstimmung mit der GdP am 7. Juli 2020 folgende Resolution:

Gewalt, Rassismus und Ausgrenzung widersprechen unserem Gesellschaftsbild. Sie schaden uns allen. Deshalb rufen wir alle Demokratinnen und Demokraten dazu auf, für eine friedfertige, sozial gerechte, gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Gesellschaft einzutreten. Das gilt für alle Bereiche der Gesellschaft – und es gilt in alle Richtungen. Das Austarieren von Interessen gehört zum Wesen der Demokratie – genauso wie verbindliche Regeln und Rechtsstaatlichkeit, um ein friedliches Miteinander sicherzustellen.

Wir sind schockiert über die Beleidigungen, Anfeindungen, Diskriminierungen und Gewalt, die Menschen mit Migrationshintergrund und People of Color in Deutschland immer noch erfahren. In den vergangenen Wochen haben wir intensive und kontroverse Debatten über Rassismus in unserer Gesellschaft erlebt. Das war und ist dringend notwendig. Denn: Rassismus ist auch in Deutschland und Europa ein ernstes Problem. Rassismus ist real. Rassismus tötet. Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus ist das, was uns als Gewerkschaften im DGB immer einen wird.

Einige Debatten der vergangenen Wochen waren aber auch geprägt von Verallgemeinerungen und pauschalen Schuldzuweisungen gegen bestimmte Berufsgruppen. Besonders die Polizei stand dabei oft im Fokus. Solche Verallgemeinerungen und Pauschalisierungen lehnen wir als DGB ab. Wir als DGB-Gewerkschaften verurteilen jegliche Form von Gewalt sowie Diskriminierungen gegen Polizistinnen und Polizisten und solidarisieren uns mit unseren Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gehört für uns so selbstverständlich wie alle anderen Gewerkschaften zum DGB. Unsere Geschichte hat uns gelehrt, dass politische Spaltung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

und allen abhängig Beschäftigten in unserem Land schadet. Wir sagen ganz klar: „Wir sind Demokrat/-innen und Antifaschist/-innen und engagieren uns aktiv gegen Rassismus und jegliche Form von gewaltbereitem Extremismus.“

Wir sind uns einig: Eine demokratische Gesellschaft muss immer achtsam sein. Diskussionen über Rassismus und Gewalt sind gerade jetzt und dauerhaft in allen gesellschaftlichen Gruppen, in der gesamten Arbeitswelt und im Bildungsbereich erforderlich. Für uns ist klar: Die zunehmende Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft ist äußerst besorgniserregend. Wir verurteilen jede Form von Gewalt. Gewalt ist – auch in politischen Auseinandersetzungen – niemals eine Lösung. Wir sind schockiert über das Ausmaß an Gewalt gegenüber Polizeibeamt/-innen, Sanitäter/-innen und Feuerwehrleuten, aber auch gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr, in Krankenhäusern, Ämtern und anderen öffentlichen Einrichtungen. Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wurde in den vergangenen zwei Jahren während der Arbeit beleidigt, beschimpft, bedroht oder angegriffen. Wir wollen und wir werden eine solche Entwicklung nicht tatenlos hinnehmen und stehen gemeinsam auf für die Rechte und den Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen.

Wir sagen „Nein“ zu einem Klima der Verachtung, der Diskriminierung und der Gewalt. Vor diesem Hintergrund hat der DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften bereits im vergangenen Jahr die Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ gestartet. Wir alle – ob Bürgerinnen und Bürger, Institution oder staatliche Stelle – müssen uns jeden Tag erneut fragen, was wir dafür tun können, um diese Diskriminierungen zu beenden. Und wir müssen Tag für Tag entsprechend handeln. Dabei kommt unseren Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst eine ganz besondere Rolle zu: für gesellschaftlichen Zusammenhalt statt Spaltung. Dafür verdienen sie Solidarität, Respekt und Wertschätzung. Gerade jetzt, wo unsere Gesellschaft mehr Zusammenhalt, mehr Schutz durch Organe des Rechtsstaats und

auch des Sozialstaats benötigt – gerade jetzt ist Zusammenhalt statt Spaltung wichtiger denn je. Dafür stehen wir als Deutscher Gewerkschaftsbund: Für Zusammenhalt, gegen Rassismus und Diskriminierung. ■



Foto: Jonathan Stutz-stock.adobe.com



„DIE POLIZEI wird da ganz schnell über einen Kamm geschoren und die Wahrheit kommt oftmals zu kurz.“

STIMMUNG GEGEN DIE POLIZEI

„Die Kirche auch mal wieder im Dorf lassen“

Andreas Holzhausen

Vorsitzender der BG Niederbayern

Spätestens als mich ein Lokalredakteur einer Zeitung angerufen hat und mich fragte, ob wir in Niederbayern in einer Kleinstadt unter 10.000 Einwohner die gleichen Einsätze wegen Rassismus erwarten wie in Amerika, war mir klar, dass mal wieder gewaltig von verschiedenen Richtungen über das Ziel hinausgeschossen wird.

Befeuert wird das Ganze dann noch durch bestimmte politische Aussagen und einer Art von angeblicher „Satire“, die sehr wenige Leser als solche empfinden. Ins Gesamtbild passen dann auch noch die Unruhen in Stuttgart, welche laut meines Lokaljournalisten auch für ihn im kleinsten Dorf im Bayerischen Wald möglich sind und seine Frage dazu, wie wir uns als Polizei da jetzt schon darauf vorbereiten.

Oftmals frage ich mich, welchen Beruf ich eigentlich ergriffen habe? So nach über 30 Jahren im Dienst sehe ich doch, welcher „Spielball“ durch verschiedene Spieler man

als Polizei ist. Auf der einen Seite genießt man in der Öffentlichkeit eine hohe Zustimmung für seine Arbeit am Bürger und auf der anderen Seite greift der Bürger seine Polizei an. Verfehlungen, welche es auch bei uns gibt, da wir ein Spiegelbild der Gesellschaft sind, werden von den Medien aufgesaugt und aufgebauscht. DIE POLIZEI wird da ganz schnell über einen Kamm geschoren und die Wahrheit kommt oftmals zu kurz.

Bitte nicht falsch verstehen! Ganz klar gehören Verfehlungen durch einen Polizisten komplett aufgedeckt. Die verschiedensten zuständigen Instanzen und wir als Staatsdiener sind selbst daran interessiert, unsere „schwarzen Schafe“ nicht unter uns zu haben. Aber muss es immer so ein Hype sein? Fällt in China der berühmte Reissack um, muss dann dies auch immer gleich bei uns gewaltigste Auswirkungen haben?

Manche würden die Polizei sehr gerne an einen Haken hängen und zappeln las-



Foto: Andreas Holzhausen

sen. Aber könnten wir weiterhin so gut und sicher leben wie jetzt? Hätten wir noch diese Freiheiten und Sicherheiten für uns und unsere Familien? Wäre unsere Gesellschaft noch dieselbe?

Die Polizei als „Feind“ oder „Müll“ zu erklären, ist ein „No-Go“ und gilt für Journalisten und Politiker gleichermaßen. Auch unüberlegte oder satirisch gemeinte Aussagen sind dem Ganzen nicht dienlich. Ich sehe es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, wieder einen Normalzustand zu erreichen. Es wird kein leichter Weg werden, aber ihn zu gehen muss es uns wert sein! ■

Neben Gewalt gegen Polizeibeamte: Hass und Hetze treffen zunehmend auch Politiker

Über die zuletzt weiter steigenden Fallzahlen an Gewalt gegen Polizeibeamte haben wir in den Veröffentlichungen der GdP Bayern mehrfach berichtet. Erst im Juni wurde der sinkende Respekt gegenüber der Polizei bei den Stuttgarter Krawallen wieder augenscheinlich. Doch auch die Amts- und Mandatsträger in Deutschland und Bayern werden immer häufiger in den sozialen Medien, aber auch im wirklichen Leben offen angefeindet und nicht selten bedroht oder sogar tatsächlich Opfer von Gewalttaten. Laut Innenminister Joachim

Herrmann (CSU) wurden bayernweit in 2017 bereits 194 Straftaten gegen Politiker angezeigt. 2018 waren es schon 220, 2019 272 und bis 31. Mai 2020 gingen schon über 150 Strafanzeigen mit diesem Hintergrund bei den Staatsanwaltschaften ein. Politiker finden tote Tiere oder Patronen in ihrem Briefkasten oder müssen in sozialen Medien oftmals die übelsten Beschimpfungen hinnehmen. Der Mord am Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke ist hier offensichtlich nur die traurige Spitze des Eisbergs.

Die Bedrohungen führen sogar immer öfter so weit, dass auf kommunaler Ebene keine Bürger mehr bereit sind, für politische Ämter zu kandidieren aus Angst, bedroht zu werden. Dies will die Bayerische Staatsregierung nicht hinnehmen. „Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind auch Angriffe auf unsere Demokratie. Wir stehen unseren Kommunalpolitikern zur Seite“, so formulierte es der Bayerische Justizminister Georg Eisenreich (CSU) auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Innenminister Herrmann.



Dort stellten das Justiz- und das Innenministerium eine Maßnahmenoffensive vor, um dieser nicht tragbaren Entwicklung Einhalt zu gebieten. So sollen allen voran alle Opfer, die online bedroht werden, dies überhaupt erstmal bei der Polizei zur Anzeige bringen, um so die Opfer schützen und Täter verfolgen zu können. Das Justizministerium bietet daher nun ein Online-Meldeverfahren, mit dem Opfer bei Bayerns Hate-Speech-Beauftragtem, Oberstaatsanwalt Klaus Dieter Hartleb, prüfen lassen können, ob es sich um Straftaten handelt. Für analog begangene Straftaten soll es in allen bayerischen Staatsanwaltschaften feste Ansprechpartner für diese Problematik geben und zudem drängte Eisenreich darauf, Täter in diesem Feld konsequent zu verfolgen und zu bestrafen. Privatklagen sollten hier in Zukunft nicht mehr nötig sein. Eisenreich erwähnte in seinen Ausführungen mit offenkundigem



V. l.: Justizminister Georg Eisenreich und Innenminister Joachim Herrmann präsentieren ihr Maßnahmenpaket zum besseren Schutz für Kommunalpolitiker vor Hass, Hetze und Bedrohungen.

Frust auch die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Betreiber von sozialen Netzwerken. Wenn die behördlichen Auskunftersuchen bei Facebook, Instagram & Co unbeantwortet bleiben, könne man auch die Täter nicht identifizieren und so auch nicht dingfest machen.

Innenminister Herrmann stellte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer praxisgerechten Vorratsdatenspeicherung in den Mittelpunkt. „Insbesondere der Zugriff auf IP-Adressen ist unverzichtbar, um Täter aufzuspüren und Taten zu verhindern“, so Herrmann. Das StMI hat derweil ebenfalls Maßnahmen getroffen, um Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger besser zu verhindern oder aufzuklären: So werden diese mittlerweile vom Polizeilichen Staatsschutz unter Einbindung von Cybercrime-Spezialisten bearbeitet; nach erfolgloser Aufforderung zum Löschen bestimmter Inhalte soll eine Meldung an das Bundesamt für Justiz erfolgen, das dann empfindliche Bußgelder aussprechen soll; polizeiliche Personen- und Objektschutzmaßnahmen sollen schnell geprüft werden; die „Beauftragten der Polizei für Kriminalitätsoffer“ stehen schnell und unkompliziert mit Rat und Tat zur Seite und zuletzt soll es auch mehr infor-

matorische Aufklärung durch Behörden und Politik geben. Letztendlich teilen Polizei und Politik das gleiche Schicksal: Immer mehr aggressive und verwirrte Menschen lassen ihrer Unzufriedenheit, ihrem Frust und leider auch ihrem puren Hass freien Lauf, weil sie sich im Internet in ihrer Anonymität oder auch in ihrer Gruppe sicher fühlen und gegen die hetzen, die in ihren Augen für das „System“ oder unliebsame Regeln oder Gesetze stehen, mit denen sie sich nicht abfinden wollen. Aber dass es mit der immer wieder zitierten Meinungs- und Pressefreiheit nur dann funktioniert, wenn man einen respekt- und würdevollen Umgang und Ton an den Tag legt, wurde ja schon beim unsäglichen Artikel der taz sichtbar. Seine individuellen Freiheiten in Anspruch zu nehmen und auszuleben ist das eine, auf die Freiheit und Würde der anderen dabei angemessen Rücksicht zu nehmen das andere. Das haben leider viel zu viele mittlerweile vergessen. Dies sollte jedoch unseren gesellschaftlichen Umgang miteinander wieder stärker als bisher prägen. MWi



Graik: PolizeiBayern

matorische Aufklärung durch Behörden und Politik geben.

Letztendlich teilen Polizei und Politik das gleiche Schicksal: Immer mehr aggressive und verwirrte Menschen lassen ihrer Unzufriedenheit, ihrem Frust und leider auch ihrem puren Hass freien Lauf, weil sie sich im Internet in ihrer Anonymität oder auch in ihrer Gruppe sicher fühlen und gegen die hetzen, die in ihren Augen für das „System“ oder unliebsame Regeln oder Gesetze stehen, mit denen sie sich nicht abfinden wollen. Aber dass es mit der immer wieder zitierten Meinungs- und Pressefreiheit nur dann funktioniert, wenn man einen respekt- und würdevollen Umgang und Ton an den Tag legt, wurde ja schon beim unsäglichen Artikel der taz sichtbar. Seine individuellen Freiheiten in Anspruch zu nehmen und auszuleben ist das eine, auf die Freiheit und Würde der anderen dabei angemessen Rücksicht zu nehmen das andere. Das haben leider viel zu viele mittlerweile vergessen. Dies sollte jedoch unseren gesellschaftlichen Umgang miteinander wieder stärker als bisher prägen. MWi

MWi

Festgottesdienst zu 100 Jahre Polizeiseelsorge in Bayern

Im Juli 1920 stellte die damalige Landtagsabgeordnete Frau Ellen Ammann den Antrag, für die bayerische Gendarmerie eine vom Staat finanzierte Polizeiseelsorge zu genehmigen, worauf der Landtag am 13. Juli 1920 diesem Antrag zustimmte. Damit wurde in Bayern die erste Polizeiseelsorge in Deutschland eingeführt. Mit den üblichen Auflagen wegen Corona konnte nun dieses Jubiläum in der I. BPA in München unter Anwesenheit von Innenminister Herrmann mit einem Festgottesdienst gefeiert werden. Alle Verbände waren mit ihrem Führungspersonal vertreten, für die GdP Bayern nahm LV Peter Schall an

der Veranstaltung teil. Neben der Seelsorge bei dienstlichen und privaten Lebenskrisen sind der Ethik-Unterricht in der Polizeiausbildung, die Abhaltung von Festgottesdiensten zu Einweihungen, Jubiläen und Verabschiedungen sowie auch Trauerfeiern die Aufgabe für die Polizeiseelsorge. Auch werden Fußballwallfahrten und Pilgerreisen sowie Dienststellenbesuche durchgeführt, um die Stimmungslage der Beschäftigten zu erkennen.

Innenminister Herrmann betonte in seiner an den Gottesdienst anschließenden Festansprache die wichtige Bedeutung der Polizeiseelsorge zur Betreuung der Kol-

legen/-innen und dankte sowohl den vier hauptamtlichen Polizeiseelsorgern als auch den 20 Seelsorgern aus evangelischer und katholischer Kirche, die im Nebenamt hier unterstützen und von den beiden Kirchen trotz des auch dort herrschenden Personalmangels finanziert werden. Die Polizeiseelsorge sei für die Kollegen/-innen sozusagen die „Schutzweste für die Seele“. „Nicht nur bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen, auch im alltäglichen Streifendienst werden unsere Polizistinnen und Polizisten nicht selten mit Unglücksfällen, Gewalt und Tod konfrontiert“, so Herrmann wörtlich.

Die langjährige Polizeipfarrerin **Hilda Schneider** berichtete zwei Beispiele aus ihrer eigenen seelsorgerischen Betreuung von Kollegen, die damit den jeweils erlebten traumatischen Einsatz gut verarbeiten konnten und nutzte die Gelegenheit, sich wegen ihres Ruhestands zum 31. August zu verabschieden. **Auch aus Sicht der GdP Bayern** ist die Polizeiseelsorge neben den sozialen und psychologischen Beratern eine wichtige Stütze

und ein Rückhalt für die Kollegen/-innen gerade dann, wenn man aufgrund eines belastenden Ereignisses „wieder Boden unter die Füße bekommen muss“. **(PSch)**



V. l.: Hilda Schneider, Andreas Simbeck, Innenminister Herrmann, Matthias Herling und Martin Zenk; Foto: Bayer. Staatsministerium des Innern, Redaktion Bayerns Polizei

Exkurs zur Arbeit der Polizeiseelsorge: Berufsethik der Polizei

Wir stellen uns mit den Polizistinnen und Polizisten den ethischen Fragen um die Anwendung von Macht und Gewalt, Befehl und Gehorsam, der Verantwortung und des Gewissens, den Themen Sterben, Tod und Trauer, der Menschenwürde, der Gerechtigkeit und den Fragen der Arbeits- und Lebenszufriedenheit ... Wir tun dies in der Ausbildung, aber auch später in den verschiedensten Fortbildungen.

Aufgabe der Berufsethik in der Polizei ist es, über berufliche Erfahrungen nachzudenken mit dem Ziel, jetzt und in Zukunft bewusst und verantwortlich handeln zu können. Der Polizeiberuf mit seinen besonderen Gefahren und Pflichten fordert heraus, immer wieder neue Werte und Normen des beruflichen Handelns zu reflektieren und sich bewusst zu machen. Berufsethische Reflexion ist ein wichtiger Beitrag zum verantwortlichen, angemessenen und darum auch zufriedenstellenden Umgang mit Menschen und Aufgaben.

Wegweiser: Die Frauen und Männer in der Polizei sind oft mit menschlichen Extremsituationen konfrontiert. Beim Dienst in der Polizei handelt keiner nur als Privatperson. Alle müssen stets in der Lage sein, ihre Entscheidungen und ihr Handeln umfassend zu verantworten: vor den Bürgerinnen und Bürgern, für deren Schutz und Freiheit sie eintreten, vor ihren Vorgesetzten oder vor Gericht oder in der Öffentlichkeit, vor sich und ihrem eigenen Gewissen.

Berufsethik will helfen, verantwortbare Entscheidungen zu treffen und dementsprechend zu handeln.

Legal – Legitim?

Polizeibeamte sollen tun, was rechtens ist. Idealerweise ist das formale Recht (z. B. das Strafrecht oder das Strafprozessrecht) deckungsgleich mit den Gerechtigkeitsvorstellungen. Bei vielen Konflikten (z. B. beim Castor-Transport, bei Hausbesetzungen, bei politischen Demonstrationen ...) pochen staatliche Behörden auf die strikte Einhaltung der Legalität, betroffene Bürgerinnen und Bürger jedoch halten Atomenergie, den Abbruch von Häusern oder politisch radikale Botschaften (von „links“ wie von „rechts“) für illegitim. Umgekehrt müssen Polizisten und Mitarbeiter staatlicher Behörden und Einrichtungen unter Umständen gegen ihren eigenen Gerechtigkeitsimpuls das Recht durchsetzen. Sie handeln stets öffentlich und müssen sich dabei am Recht orientieren. Ihr persönlicher Standpunkt spielt bei vielen Konflikten keine Rolle.

Prüfen!

Ethik im Bereich der Polizei benennt die Spannungs- und Konfliktfelder, in denen die Frauen und Männer ihren Dienst heute leisten. Gewohnheiten („Wir haben das schon immer so gemacht ...“) oder Intuition („Diese Entscheidung ist schon irgendwie angemessen ...“) bedürfen ständiger Überprüfung. Die Forschungsergebnisse der Human- und Sozialwissenschaften (etwa der Psychologie, der Pädagogik, Soziologie und der Kommunikationswissenschaften) helfen, bewusst zwischen Gewohnheit, „Normalität“ und Recht zu unterscheiden. Ferner fragt Berufsethik nach den Leitlinien, die den Män-

nern und Frauen in der Polizei an die Hand gegeben werden können. Schließlich: Die Gewissheit über die Ansprüche, an denen sich das Handeln ausrichten muss, ist Ziel der berufsethischen Diskussion.

Autorität

Verzichtete der Staat auf die Durchsetzung der Rechtsordnung, würde das geordnete Zusammenleben der Menschen in Freiheit beschädigt. Alle polizeilichen Tätigkeiten, Mittel und Ziele müssen sich in einem freiheitlichen, demokratischen Staat daran messen lassen, wie die staatliche Rechtsordnung zum Wohle aller Menschen durchgesetzt werden kann.

Entscheiden – Handeln

Umfangreiches Wissen (z. B. aus dem Bereich des Rechts und der Technik) und vielfältige Fähigkeiten (z. B. körperliche Leistungsfähigkeit, seelische Belastbarkeit, Teamfähigkeit) sind für den Dienst in der Polizei unerlässlich. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten selber tragen durch ein waches Bewusstsein ihrer ethischen Verantwortung mehr zum Wohle der Menschen bei als durch alleiniges Verbessern ihres Wissens und stetes Trainieren ihres Könnens. Die Berufsethik bildet ein Forum für die Meinungs- und Urteilsbildung; die Teilnahme daran ist Ausdruck des Verantwortungsbewusstseins beim Dienst in der Polizei.

Quelle: www.polizeiseelsorge.org/hp426/Berufsethik.htm



GdP-Aktuell

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER GdP

Die grüne Info fließt ... auf vielen Kanälen!

Die GdP möchte als die Nr. 1 unter den deutschen Polizeigewerkschaften stets einen verlässlichen und schnellen Informationsaustausch bieten. Wichtige Säulen sind dabei unsere unzähligen Vertrauensleute vor Ort in allen Dienststellen. Hier läuft die Information tagessaktuell in direktem Gespräch, ganz konkret an den Individualinteressen orientiert. Wir erhalten Informationen, Themen, derer wir uns annehmen, wir geben Informationen, die unsere Kollegen/-innen gerade interessieren.

Monatlich im Briefkasten finden unsere Mitglieder das Magazin DP. Auch wenn die Option einer Online-Ausgabe kontinuierlich geprüft wird, die Masse der Mitglieder hat für das Schmökern der umfassenderen Artikel gerne noch Papier in der Hand. Der klassische Weg des Informationstransports – seit Kurzem in neuem Layout.



Regelmäßig wie auch anlassbezogen versenden wir die Green News per Mail. Unser klassischer Newsletter.

Sowohl die GdP Bayern als auch die Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei bieten der Facebook-Generation über ihren jeweiligen Auftritt Themen in Kurzform an. Die Homepage www.gdpbayern.de spiegelt die wichtigsten Inhalte wider.

Bei der Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei leistet insbesondere die Instagram Generation Dienst in Ausbildung und Einsatz, sodass wir eine ergänzende Präsenz aufgebaut haben, die von prägnanten Bildern und wenig Worten lebt. Nicht immer einfach bei der Komplexität vieler gewerkschaftlicher Themen. Wir würden uns freuen, wenn auch der eine oder andere Kollege aus dem Einzeldienst seiner ehemaligen BPA oder der BPA in seiner Heimatregion folgt. GdP macht vor Dienststellen-grenzen nicht halt, insbesondere bei unseren Blaulichtmilieupartys, Schafkopfturnieren, Beachvolleyballcups etc. freuen wir uns über ein gemischtes Publikum aus dem GdP-Netzwerk.

So sind wir auf Instagram zu finden:

- | | |
|---------------------|----------------------|
| II. BPA Eichstätt | gdp_bepo_eichstaett |
| III. BPA Würzburg | gdp_kg_bepowuerzburg |
| IV. BPA Nürnberg | gdp.bp.nuernberg |
| V. BPA Königsbrunn | gdp.bp.koenigsbrunn |
| VI. BPA Dachau | gdp.bp.dachau |
| VII. BPA Su-Ro | gdp_suro_nab |
| Außenstelle Nabburg | gdp_bepo_nabburg |
| BPFI Ainring | gdp_kg_bpfi |
- ... und bayernweit unsere Junge Gruppe: [junge_gruppe_gdp_bayern](https://www.instagram.com/junge_gruppe_gdp_bayern).

Follow us, like us!

Markus Schirmer
– Stellv. Vorsitzender BG BP –



DIE NEUE GdP-SCHREIBMAPPE FÜR GdP-MITGLIEDER IM EINZELDIENT



GdP Service GmbH

Für unsere GdP-Mitglieder haben wir die Schreibmappe „POLIZEI“ für DIN A4 neu herausgebracht. Ca. 31,5 cm hoch und 26 cm breit bietet die Mappe aus PVC-Weichfolie, pappverstärkt, tolle Features für Euch. Auf der linken Innenseite befinden sich vier Einsteckfächer sowie eine praktische Einsteckschleufe für den Kugelschreiber, die 4-fach Rundringmechanik bietet nun auch Platz für gelochte Folien. Einzelblätter oder Blöcke lassen sich auf der rechten Innenseite mit der vernieteten Bügelklemm-Mechanik sicher befestigen.

Für GdP-Mitglieder zum Sonderpreis von **5,99 Euro*!**

* Preis inkl. MwSt. zuzügl. Porto- und Versandkosten.



Für unsere Mitglieder im K-Dienst gibt es eine Version mit der Aufschrift KRIMINAL-POLIZEI (siehe links).

Bestellungen unter: info@gdp-servicegmbh.de
Telefon: 089/578388-22 · Fax: 089/578388-21





Redaktionsschluss

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe September 2020 ist am 31. Juli 2020. Zuschriften bitte an die Redaktion. Wir bitten um Verständnis, dass sich redaktionell notwendige Kürzungen ergeben können.

DP – Deutsche Polizei Bayern

Geschäftsstelle
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (089) 578388-01
Telefax (089) 578388-10
www.gdpbayern.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Markus Wimmer
Hansastraße 17, 80686 München
Telefon (089) 578388-50
redaktion@gdpbayern.de